

Forderung: Volksbefragung zum Masterplan Verkehr Einsendung von rund 250 Talons aus dem Bezirk Höfe ans Justizdepartement Schwyz

Fragen von Marcel Hauck, Redaktor BR, Höfner Volksblatt
Antworten von Irene Herzog-Feusi, Präsidentin Trägerverein Bürgerforum Freienbach, 20.12. 2007

1. Wie sind Sie zufrieden mit diesem Rücklauf?

Wir freuen uns über diese deutliche Mitwirkung. Offenbar wünschen viele Bürger im Bezirk Höfe, endlich ihre eigene Beurteilung zu den Grundsatzentscheiden der Behörden abgeben zu können. Auch die Forderung nach korrekter Information kommt damit deutlich zum Ausdruck.

2. Warum haben Sie diese Talons an den Kanton schicken lassen? Gemäss Auskunft des Justizdepartements wird man zwar das Anliegen wohlwollend prüfen. Allerdings gebe es gemäss Verfassung gar keine Rechtsgrundlage, auf welcher der Kanton eine solche Abstimmung auf Bezirksebene (oder Gemeindeebene) veranlassen könnte.

Das Vorgehen in der Masterplanung halten wir für sehr problematisch. Grundsätze die von wenigen Behördenmitgliedern festgelegt wurden, konnten in der Öffentlichkeit nie breit diskutiert werden. Diese Art der Verkehrs- und Siedlungsplanung ist „Regieren ohne Bodenkontakt“. So wie das Verfahren bis jetzt abläuft, ist die Bevölkerung von einer echten Mitwirkung ausgeschlossen. Berge von Akten waren im Gemeindehaus einen Monat lang zur „Mitwirkung“ aufgelegt. Rund ein Dutzend Einsprachen gingen ein. Aus den wenigen Rückmeldungen aber zu schliessen, dass die vielen Tausend Bürger, die keine Einsprache machten, grundsätzlich mit allem einverstanden seien, ist nicht korrekt.

Die Gesamtverkehrsplanung wurde in einzelne Teile zerstückelt. Diese haben von den Behörden bereits eine Rangliste verpasst bekommen:

- Die Umfahrung Pfäffikon und Verlegung des Wollerauer Autobahn-Anschlusses sollen Goldmedaillengewinner sein – auch wenn diese Teilprojekte die teuersten sind und die Umfahrung Pfäffikon enorme Risiken birgt.
- Erst nach 2020 soll dann vielleicht der Vollanschluss Halten gebaut werden – auch wenn die Akten in Schwyz zeigen, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis für den ganzen Bezirk hervorragend wäre.
- Ein Seedammcenter-Direktanschluss an die Autobahn wurde in unbestimmter Ferne gerückt – obwohl damit einer der grössten Verkehrsflüsse umgelenkt werden könnte.

Ob diese Behörden-Prioritäten dem Volkswillen entsprechen, hat man nie abgeklärt.

Das Masterplanverfahren steckt noch in der Entwicklungsphase. Die vielzitierte Behördenverbindlichkeit ist rechtlich eine wacklige Sache, weil negative Volksentscheide zu den einzelnen Baukrediten alles kippen können. Jahrelange Planungen und viele Millionen Steuergeld werden damit aufs Spiel gesetzt. Die Behörden wurden durch das Masterplan-System zu „Verkäufern“ ihrer eigenen Raumplanungsentscheide und die Information wurde zur Verkaufswerbung: „Wie bringen wir die Bürger zu einem JA?“

Das ist äusserst fragwürdig und kann in einer Demokratie nicht akzeptiert werden. Mit der geforderten Volksbefragung ist es möglich, das bisherige System sinnvoll und kostensparend zu ergänzen.

3. Was erhoffen Sie sich nun konkret vom Kanton?

Wir hoffen, mit den Behörden zusammen das vorgeschlagene zusätzliche Volksbefragungs- Element in die Siedlungs- und Verkehrsplanung einfügen zu können. Dadurch könnte die Information und Legitimation wesentlich verbessert und eine Verminderung der Planungsrisiken erreicht werden. Ein von Bürgern und Behörden gemeinsam entwickelter Prototyp für quantitative und qualitative Volksbefragungen könnte bei vielen weiteren komplexen Themen dienen.

(Anm. I.H.-F.: Diese Fragen und Antworten wurden im Höfner Volksblatt nicht veröffentlicht)